



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/21 - 26.1.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Der beendete Kriegszustand	S. 1
Eisenhowers Haushaltsplan	S. 3
Nach dem CSU-Parteitag	S. 5
Eine notwendige Erinnerung/Hitler und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	S. 6
Brief Albert Schweitzers an Ellenhauer	S. 8

---

## "Am Rande behandeln" ?

sp - Die Erklärung der Sowjetunion über die Beendigung des Kriegszustandes mit "ganz Deutschland" wird nicht der letzte Ausdruck einer gesteigerten Aktivität der Kreml-Diplomatie sein. Besonders, nachdem die wichtigsten sowjetischen Botschafter in den Weststaaten nach Hause beordert waren, lagen Schritte dieser Art in der Luft. Auch die überraschende Anberaumung der nächsten Sitzung des Obersten Sowjets auf einen ungewöhnlich frühen Termin ist ein Zeichen dafür, dass noch einiges zu erwarten ist.

Das erste angelsächsische Echo ist auf den Tenor gestimmt, die neueste sowjetische Äußerung sei ein schwacher Versuch im Vergleich mit dem jüngsten Angebot hinsichtlich freier gesamtdeutscher Wahlen und ihrer internationalen Kontrolle. Damit bekommen diese Vorschläge wenigstens nachträglich eine Bedeutung, die man ohnehin <sup>in</sup> den USA und in Großbritannien solange fast durchweg bestritt. Im Gegensatz dazu sprechen französische Stimmen von dem "bisher wirkungsvollsten Schachzug der Sowjets."

Der Frage, ob das eine oder das andere richtig ist, braucht man keine übertriebene Bedeutung beizumessen. Wichtig ist aber, dass diese Erklärung nicht für sich allein betrachtet werden darf. Sie ist vielmehr als Stück der Bemühungen Moskaus anzusehen, den Faden der lockeren Fühlungnahme, auch soweit sie sich auf die deutsche Wieder-

vereinigung und nicht allein auf die Schaffung eines internationalen Sicherheitssystems bezieht, nicht abreißen zu lassen. Hier liegt die, wenn man will mittelbare und indirekte, aber eben doch auch praktische Bedeutung dieses Schrittes, der auf den ersten Blick als eine sehr späte Geste erscheinen könnte, wenn man an die dreieinhalb Jahre zurückliegende entsprechende Erklärung der Westmächte denkt.

Sicher soll man diesen letzten sowjetischen Vorstoß in seiner unmittelbaren Wirkung auf die allgemeinpolitische Lage auch nicht überbewerten, denn leider sind die Fronten des Mißtrauens so festgefahren, dass auch grundsätzlich bedeutsame Erklärungen dieser Art nicht ohne weiteres aus diesem Bannkreis herausführen könnten. Aber es sollten sich jetzt doch zumindest auf zwei wichtigen Spezialgebieten neue Ansatzpunkte für eine gewisse Auflockerung der erstarrten Fronten ergeben, in der Kriegsgefangenenfrage und für den Ausbau der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion über den bisherigen Rahmen hinaus.

Natürlich wird es nun sehr auf eine geschickte Weiterbehandlung der sich aus dieser Grundsatzerklärung ergebenden Fragen ankommen, darauf, ob man von dem Willen ausgeht, jede Möglichkeit nützen und fortentwickeln zu wollen oder von der dagegengesetzten Absicht, durch eine überspitzt polemische Behandlung einen in seiner Bedeutung vielleicht unstrittenen Schritt neue Hindernisse aufzubauen. Deshalb ist es nicht gut, wenn die ersten Mitteilungen aus Kreisen, die der Bundesregierung nahestehen, nur zu sagen wußten, das Kabinett werde sich mit diesem Thema "wenn überhaupt, dann nur am Rande" befassen.

Wie gesagt, der neue Schritt Moskaus ist, der Sache nach, keine Sensation. Aber er ist im Zusammenhang mit der in Gang befindlichen großen Diskussion über Schaden und Nutzen der Pariser Verträge in ihrer Wirkung auf die Aussichten einer künftigen Viererkonferenz über die deutsche Einheit ein wichtiger politischer Bestandteil dieses ganzen vielschichtigen Problems. Als solcher hat er Wert und Gewicht, vielleicht auch als Vorbote noch weiterer sowjetischer Erklärungen oder Anregungen. Das wird man abzuwarten haben. Es wäre aber verhängnisvoll, wenn der Westen jetzt selbst endgültig zu der früheren starren Njet-Taktik der Sowjets übergehen wolle.

Budget der Tausend Kompromisse

H.S., New York

Wer in dem neuen Haushaltsplan, den der Präsident kürzlich dem Kongress vorlegte, nach politischen Sensationen irgendwelcher Art sucht, wird bitter enttäuscht werden. Es ist ein Haushaltsplan des Ausgleichs, der Kompromisse nach allen Richtungen, der Ruhe und des sorgfältigen Vermeidens von Konflikten, Spannungen und Experimenten. Aus dem Haushaltsplan liest man deutlich heraus, dass, sofern es im kommenden Jahre nach dem Willen der amerikanischen Regierung geht, uns ein Jahr der Ruhe bevorsteht, ein Jahr, in dem innen- wie außenpolitisch die Spannungen reduziert und die normalen Lebenselemente von Handel, Verkehr und der Suche nach Wohlstand in den Vordergrund geschoben werden sollen.

Der erste und wichtigste Punkt, in dem diese Tendenz zutage tritt, ist das Verteidigungsbudget. Die Gesamtausgaben im kommenden Haushaltsjahr werden auf 62 Mrd. Dollar beziffert, - fast 20 Mrd. weniger als das Rekordbudget der Nachkriegszeit, 1951, das angesichts des koreanischen Krieges auf über 80 Mrd. Dollar Ausgaben geklettert war, - von denen fast zwei Drittel auf die Titel der Landesverteidigung fielen.

Das Militärbudget beträgt dieses Mal 34 Mrd., von dem fast die Hälfte für die Luftwaffe vorgesehen ist; sie bekommt 400 Millionen Dollar mehr als voriges Jahr, während Flotte und Landarmee zusammen 500 Mio Dollar weniger erhalten sollen. Für die Aufspeicherung kriegswichtiger Rohstoffe sollen 200 Mio Dollar weniger ausgegeben werden als im Vorjahr, und das - weitgehend militärisch ausgerichtete - Arbeitsprogramm auf dem Gebiet der Atomenergie muss ebenfalls eine Reduktion um 50 Mio Dollar akzeptieren. Die Gesamt-Personalstärke der Streitkräfte wird um etwas mehr als 100 000 Mann gesenkt und fällt damit unter die Drei-Millionen-Grenze.

Trotz dieser Einsparungen bleibt der Haushaltsplan defizitär, - woran man sich in Amerika zwar schon gewöhnt hat, was aber doch angesichts von Präsident Eisenhowers Wahlversprechen, jeweils für ein ausbalanciertes Budget sorgen zu wollen, im Lager der oppositionellen Demokraten einige Schadenfreude hervorruft. Seit einem Vierte

Jahrhundert schloß der amerikanische Staatshaushalt nur im ganzen drei Jahre lang mit einem Überschuss ab: und alle diese drei Jahre fielen in die Amtsperiode Präsident Trumans. Das vermutliche Defizit von zwei Milliarden Dollar ist nicht übermäßig groß; aber die amerikanische Staatsschuld ist bereits jetzt mit rund 300 Milliarden Dollar riesenhaft hoch und ihre weitere Vergrößerung ist zweifellos bedenklich.

Hinzu kommt, dass die künftigen Steuereinnahmen, für das kommende Fiskaljahr auf 60 Mrd. Dollar geschätzt, nur dann diese Höhe erreichen, wenn sich die Wirtschaft das ganze Jahr hindurch einer sonnigen Konjunktur erfreuen kann. Das ist zwar durchaus möglich, aber keineswegs sicher. Der Kongress sucht darum nach Möglichkeiten, von den Ausgaben noch einiges abzustreichen - und gewöhnlich wird das Budget in der parlamentarischen Beratung sehr kräftig abgeändert. Eisenhowers Plan eines gewaltigen Straßenbauprogrammes ist bereits auf Widerspruch gestoßen, an den Titeln für Auslandshilfe wird man herumstreichen, die Freihilfe für die Landwirtschaft dürfte heftig umkämpft werden, und die schon im Vorjahr arg verminderten Bundesbeiträge zum öffentlichen Wohnungsbauprogramm der Gemeinden dürften im kommenden Jahr fast auf den Nullpunkt sinken.

Immerhin gibt es da eine Reihe politischer Fragen, die sich dem rücksichtslos streichenden Rotstift der Sparfanatiker im Kongress widersetzen dürften. Der Präsident kann es sich politisch nicht gut leisten, gewisse konstruktive Geldausgaben, gerade z.B. für den Straßen- und den Wohnungsbau, vollständig unter den Tisch fallen zu lassen. Der Sparsamkeit sind also Grenzen gesetzt. Umgekehrt scheint der Kongress bei dem Posten der Landesverteidigung eher der Meinung zu sein, dass die Regierung des Guten zuviel getan und um des Einsparens von Dollars willen die nationale Sicherheit aufs Spiel gesetzt hat; es kann also sehr gut bei den Militärposten des Haushaltsplanes die ungewöhnliche Lage entstehen, dass der Kongress, aus echter Sorge um die Sicherheit des Landes und mit einem angstvollen Blick auf die russischen Atombomber-Bauten, der Regierung mehr Geld für Truppen und Waffen, Flugzeugträger und Bomber bewilligt als diese angefordert hat. Unter diesen Umständen ist, trotz aller Kompromisse und allem Willen zu Ruhe und Frieden, nicht ganz leicht ersichtlich, wie man das Defizit aus der Welt schaffen kann. Das reiche Amerika wird also wohl doch einmal mehr seine Bilanz für das Haushaltsjahr 1955/56 mit Verlust abschließen müssen.

Schäffer ohne Hausmacht

Aus München wird uns geschrieben:

Bei der CSU herrschte am Wochenende eitel Freude, weil man nun doch in Dr. Hanns Seidel einen Landesvorsitzenden gefunden hatte und weil man sich nicht in der Diskussion um den neuen Landesvorsitzenden so bekämpfte, wie es wohl einige Pessimisten in der CSU befürchtet hatten. Dr. Michael Horlacher war es sehr ernst, als er am Schluß der Landesversammlung feststellte: "Wir können heute direkt Respekt vor uns selber haben."

Versucht man das politische Ergebnis dieses CSU-Parteitages zu analysieren, so bleibt - lässt man die Ausfälle gegen die neue bayrische Regierung unberücksichtigt - eigentlich nur die Persönlichkeit Dr. Seidels übrig, der hier Programm und politische Absichten der CSU als Oppositionspartei erahnen lässt. Es sind zwar eine Reihe von Meinungen im Zusammenhang mit dem Wahlakt vorgetragen worden, aber wer wollte behaupten, dass die CSU in ihrer Gesamtheit sich auf eine Konzeption geeinigt hätte? Man kam zusammen, wählte einen Landesvorsitzenden und fuhr nach Hause. Der Landesausschuss sollte, so war es wenigstens vorgesehen, ein wirkliches politisches Programm entwerfen. Was aber tat er? Er wählte Franz Josef Strauß zum stellvertretenden Vorsitzenden, um sich dann auch der sonntäglichen Ruhe hinzugeben.

Dr. Seidel hat zweifellos einen Namen, den er jetzt in die Waagschale werfen konnte. Er ist nüchtern und realistisch genug, um zu erkennen, dass die CSU nicht den Weg einer Radau-Opposition gehen kann. Es dürfte ihm ziemlich klar sein, dass der Start der CSU als Opposition wenig glücklich war und im Volke nicht verstanden wurde. Er weiß aber auch, dass er viel Kraft benötigen wird, um die sich wieder kräftig regenden Flügel innerhalb der CSU auf eine gemeinsame Taktik festzulegen. Wenn es auch jetzt den Anschein hat, dass der klerikale Flügel Dr. Hundhammers stark zurückgedrängt ist, so ist er doch der Flügel, auf den die katholische Kirche vertraut und der sich mit deren Hilfe schon das verlorengegangene Terrain wieder

zurückerobern wird.

Die eigentlichen Verlierer aber bei dieser Wahl sind Schäffer und Strauß. Beide wollten den Vorsitz, um ihre Stellung in Bonn mit der bayrischen CSU-Hausmacht zu stärken. Es wäre freilich nicht ganz richtig, die Entscheidung gegen Schäffer und Strauß als eine von den Delegierten gewollte politische Niederlage zu bezeichnen. Die Delegierten wollten vielmehr in erster Linie einen Landesvorsitzenden, der dauernd in München greifbar ist. Bei Schäffer dürfte aber die Überlegung hinzugekommen sein, dass er allzu sehr mit den restaurativen politischen Prinzipien der früheren bayrischen Volkspartei verhaftet ist.

\* \* \*

#### Beseitigte Hitler die Arbeitslosigkeit?

Überlegungen zum 30. Januar, dem Jahrestag der "Machtübernahme"

K.H. Selbst von Leuten, die man durchaus nicht als Nationalsozialisten bezeichnen kann, hörte und hört man des öfteren die anerkennende Feststellung, dass es Hitler gelungen sei, "die Arbeitslosigkeit zu beseitigen." Mit dieser unzutreffenden, oberflächlichen Behauptung sich auch heute noch auseinanderzusetzen, scheint aus den verschiedensten Gründen nicht überflüssig zu sein. Die sachliche Grundlage für eine solche Auseinandersetzung liefert das im Verlag Albert Limbach, Braunschweig, erschienene Heft "Wirtschaft und Politik 1933 - 1945". (Es handelt sich hier um eine Serie von Broschüren, die sich mit der deutschen Außen- und Innenpolitik, der Stellung der deutschen Wehrmacht von 1933 bis 1945 auf Grund dokumentarischer Berichte auseinandersetzen.)

Es ist zutreffend, dass zur Zeit Hitlers Regierungsantritt bei den deutschen Arbeitsämtern 6,014.000 Erwerbslose gezählt wurden und zehntausende Arbeiter zur Kurzarbeit gezwungen waren. Aber es wurde und wird oft verschwiegen, dass die deutsche Arbeitslosenzahl am 15. Januar 1933 - also zwei Wochen vor Hitlers Regierungsantritt - nicht höher war als am gleichen Tag ein Jahr vorher. Es war also seit 1928 das erstmal ein Nichtanstiegen der Arbeitslosenzahl zu registrieren. Man konnte erwarten, dass zu diesem Zeitpunkt ein wei-

teres Ansteigen des Arbeitslosenheeres nicht mehr zu befürchten, ja ein allmähliches Absinken zu erhoffen war. Diese Erwartung schien umso berechtigter, als auch die deutsche Industrieproduktion im letzten Vierteljahr 1932 wieder gestiegen war.

Es wird des Weiteren von den Gläubigen des Schacht'schen Wunder sehr bewußt verschwiegen, dass Deutschland im Jahre 1933 keine Reparationszahlungen mehr an das Ausland zu entrichten hatte, was ein unbestreitbarer Erfolg der Verständigungspolitik der demokratischen Parteien Deutschlands war. Auch der Haushalt der deutschen Reichsregierung konnte Ende 1932 als ausgeglichen gelten. Dies festzustellen gebietet die historische Wahrheit auch dann, wenn man mit der Art von Brüning's Sparpolitik nicht einverstanden ist. Dazu kam noch, dass die Ernte von 1932 ausserordentlich gut war. All die hier angeführten Fakten gaben den Volkswirtschaftlern Anlass, an eine schrittweise wirtschaftliche Genesung des deutschen Reiches zu glauben.

Doch abgesehen davon, dass es eine bewußte Demagogie bedeutete, die Weimarer Republik für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen - denn die Arbeitslosigkeit in Deutschland war ja nur ein Teil der Weltarbeitslosigkeit, die im Jahre 1932 annähernd 25 Millionen betrug -, muß man daran erinnern, wie es Hitler mit Schachts Hilfe gelang, unabhängig von den erwähnten günstigen objektiven Voraussetzungen die Erwerbslosigkeit zu beseitigen. Die Nationalsozialisten und ihre Steigbügelhalter betrachteten den Kampf gegen die Erwerbslosigkeit weniger als eine wirtschaftliche, sondern vielmehr als eine propagandistische, dann aber vor allem eine strategische Angelegenheit.

In erster Linie gehörten zu den Arbeitsvorhaben Kasernenbauten, Flugplatzbauten und der Bau von Reichsautobahnen, um Projekte also, die der Wiederaufrüstung dienten. Bis zum Herbst 1938 wurden 3.000 Kilometer Autobahn mit einem Kostenaufwand von über 3 Mrd. DM gebaut. Die Bauwirtschaft belebte natürlich weitere Zweige des Handwerks und der Industrie, was sich auf den allgemeinen Arbeitsmarkt günstig auswirkte.

Der problematische Erfolg dieser Wirtschaftspolitik war, dass

26.1.1955

sich im Jahre 1935 in der Landwirtschaft und in einigen Industriezweigen ein Mangel an Facharbeitern geltend machte.

Schacht, der die Aufrüstung Hitlers durch seine "Finanzakrobatik" ermöglichte, definierte im Jahre 1933 seine Wirtschaftspolitik mit folgenden Sätzen:

"Wir müssen los vom statischen und hin zum dynamischen Denken!  
Die Werkzeuge einer Wirtschafts- und Staatskunst früherer Perioden sind stumpf geworden."

Es ist heute wohl überflüssig, die Segnungen dieser dynamischen Wirtschafts- und Staatskunst noch näher zu erläutern.

\* \* \*

Albert Schweitzer hat einen handschriftlichen Brief folgenden Inhalts an Erich Ollenhauer gerichtet:

Herrn Erich Ollenhauer  
Mitglied des Bundestages  
Bonn a/Rhein

Albert Schweitzer, Lambarene.  
Gabun; Französisch-Guinea  
19.1.1955

Sehr geehrter Herr Ollenhauer

Sie haben mir zum 80. Geburtstage die Glückwünsche des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übermittelt. Ich danke Ihnen für die Sympathie, die Sie meinem Bemühen um wahre, geistige Kultur und um Völkerverständigung entgegenbringen, und bitte Sie, meinen Dank dem Vorstand der Partei entgegen zu wollen. Wir leben miteinander in einer schweren Zeit. Das Schicksal der Menschheit hängt von unserer Gesinnung und unserem Verhalten ab. Da hat es eine Bedeutung, dass alle, die sich um den Fortbestand einer kulturfähigen Menschheit sorgen, von einander wissen und sich eins fühlen. In diesem Sinne war das Telegramm für mich von großer Bedeutung. Lassen Sie mich Ihnen nochmals dafür danken.

Mit besten Gedanken

Ihr ergebener

Albert Schweitzer

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau